



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Huml wirbt für weiteren Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung – Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin: Schwerstkranke müssen in Würde sterben können – Sitzung des zuständigen Expertenkreises**

Huml wirbt für weiteren Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung – Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin: Schwerstkranke müssen in Würde sterben können – Sitzung des zuständigen Expertenkreises

12. Januar 2016

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml wirbt um eine möglichst breite Unterstützung bei dem Ziel, die Hospiz- und Palliativversorgung weiter auszubauen. Huml betonte am Dienstag anlässlich einer Sitzung des Expertenkreises „Palliativmedizin und Hospizarbeit“ in München: „Wir müssen sicherstellen, dass Menschen in Würde sterben können. Schwerstkranke sollen wissen, dass sie auch am Ende ihres Lebensweges nicht allein sind.“

In dem Gremium vertreten sind unter anderem Experten von Krankenkassen und Kammern sowie von Wohlfahrtsverbänden und Hochschulen. Die Ministerin verwies darauf, dass im Dezember 2015 das neue Hospiz- und Palliativgesetz in Kraft getreten ist. Damit werden wichtige Anliegen Bayerns umgesetzt. Zum Beispiel können ambulante Hospizdienste nun bereits ab der ersten Sterbebegleitung durch die Krankenkassen gefördert werden.

Huml betonte: „Das neue Gesetz ist eine gute Ausgangsbasis für die weitere Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung. Ich bin zuversichtlich, dass dadurch auch das vergleichsweise hohe Niveau der bayerischen Strukturen gestärkt werden kann. Das Gesetz muss nun durch die Selbstverwaltung konkretisiert werden. Dafür ist es wichtig, dass die bayerischen Akteure der Hospiz- und Palliativversorgung ihre Vorschläge auf Bundesebene vorbringen.“

Huml fügte hinzu: „Auch den Krankenkassen in Bayern ist es zu verdanken, dass die Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat bereits so gut ist. Für die Zukunft erhoffe ich mir die Bereitschaft zu weiteren Schritten. Auch wenn ich weiß, dass die Krankenkassen die Beitragsentwicklungen der Versicherten ebenfalls im Blick haben müssen.“

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

